

25. Sitzung des Bundesrates vom 15. April 1953.Vorsitz: Herr Bundespräsident Etter.Abwesend: Niemand.Schriftführer: HH. BK. Oser und VK. Weber.

Die Protokolle der 19. und 20. Sitzung wird genehmigt.

Beginn: 10.00 Uhr.Schluss: 12.30 Uhr.Waffenstillstand in Korea. Beobachter. Kriegsgefangene.Herr Petitpierre: Wir haben das Aide mémoire für USA etwas modifiziert und legen es hiermit vor. Am Schluss der Sitzung Stellung nehmen.

Es stellt sich ein neues Problem. Regierung USA und andere Staaten wollen uns noch viel schwierigeres Mandat übertragen. Die Gefangenen, die nicht repatriert werden wollen, sollen unter Kontrolle einer neutralen Macht gestellt werden. Als solche ist die Schweiz vorgeschlagen. Bereits haben die Agentur Reuter und eine franz. Agentur gemeldet, dass diese Gefangenen in der Schweiz aufgenommen werden. Habe dies dementiert.

Laut erhaltenem Telegramm ist beabsichtigt, ein Lager zu errichten, das von der Schweiz bewacht wird, aber nicht die Gefangenen in die Schweiz zu bringen.

Ich habe geantwortet, dass Bundesrat zuerst Stellung nehmen muss und dass es zweifelhaft scheine, ob wir allein diese Aufgabe erfüllen können. Staatsdep. erklärt, dass noch kein Beschluss gefasst wurde.

Vom Standpunkt unserer Neutralität aus, ist es zu begrüßen, dass man an uns als neutralen Staat gedacht hat. Es wäre wertvoll, wenn uns auch China als neutral anerkennen würde.

Was praktische Lösung betrifft, so ist es von vorneherein ausgeschlossen, dass wir 14'000 Chinesen übernehmen könnten. Die Bewachung in Korea oder an einem andern Orte nur durch die Schweiz allein ist ebenfalls unmöglich, weil wir nicht die nötige Zahl von Offizieren und Mannschaften stellen könnten.

Ich möchte antworten, dass Schweiz grundsätzlich bereit sei, zur Erfüllung des Auftrages beizutragen in dem Sinne, dass sie in Zusammenarbeit mit andern diese Bewachung organisiert. Wir sind bereit, jemanden zu bezeichnen, der die Aufgabe in die Hand nimmt. Ich habe gedacht an Minister Stucki, Oberkorpskdt. Constant oder Oberstdiv. Rihner. Aufgabe sehr delikate und sehr schwierig.

Herr Rubattel: Sollten nicht grundsätzliche Zustimmung geben, sondern wohlwollende Prüfung zusichern. Die Persönlichkeit für diese Aufgabe müsste nicht nur Offizier, sondern auch Jurist sein.

Herr Kobelt: Verstehe politische Ueberlegungen. Praktische Schwierigkeiten: Sprache, Gelände, Klima, Volkscharakter, Stellung geeigneter Leute, die die nötige Zeit aufbringen können.

Herr Escher: Mit Ueberlegungen Petitpierre einverstanden.



Herr Feldmann: Delikate Geschichte. Ist das Vertrauensbeweis oder politische Berechnung? Wie reagieren? Auf keinen Fall solche Wendungen gebrauchen, aus denen man ableiten kann, wir hätten im Prinzip zugesagt.

Wir sollten Kenntnis nehmen, zusichern, dass wir bereit sind, Frage sachlich und objektiv zu prüfen. Ob wir mitmachen können, hänge ab von den Modalitäten.

Herr Weber: Wesentlich, dass wir nicht ablehnen, sondern der Sache näher treten. Wichtig, dass wir uns nur bereit erklären, mit andern zusammen die Aufgabe zu übernehmen.

Herr Bundespräsident: Wir sollten heute schon Möglichkeit ausschliessen, die Gefangenen in die Schweiz zu nehmen.

Herr Petitpierre: Es handelt sich nicht darum, grundsätzlich das Mandat anzunehmen, sondern vorläufig nur darum zu erklären, dass wir bereit sind, jemanden zu bezeichnen, der Angelegenheit an Ort und Stelle prüft. Werden dabei auch die Schwierigkeiten erwähnen.

Herr Rubattel: Wir sollten nicht Bedingung stellen, dass andere Länder mitmachen müssen, da wir vermeiden sollten, dass wieder jede Partei ihren "Neutralen" bezeichnet.

Herr Petitpierre: Werde Kopie der Antwort allen Mitgliedern des Bundesrates zustellen.

Amerikanische Vertretung in der Schweiz.

Herr Petitpierre: Inoffiziell verlautet, dass Herr Patterson ersetzt werden soll durch die erste Frau, die amerikanische Botschafterin wird, durch eine Mrs. Francis Elisabeth Willis.

Nationalbankgesetz.

Herr Weber: Das Gesetz ist bereinigt bis auf die Beteiligung der Kantone am Reingewinn. Heute Finanzdirektorenkonferenz. Nationalbank möchte die 80 Rappen nur zahlen, wenn sie soviel herauswirtschaftet, dass das möglich ist. Sie will innert 3 - 5 Jahren Minderleistungen nachholen. Ich habe andern Vorschlag: Die Nationalbank soll abliefern auf der Basis von 80 Rappen aber wenigstens 30 oder 40 Rappen. Wir sollten den Standpunkt vertreten, dass der Bundesrat, beiden Lösungen zustimmen kann.

Herr Escher: Wie ist das Verhältnis zwischen Gesetz und Verfassung? Nach Verfassung kommt der Reingewinn wenigstens zu zwei Dritteln den Kantonen zu.

Herr Weber: Diese Leistungen werden aus dem Reingewinn gezahlt. Bisher hat Nationalbank eben versucht, den Reingewinn so hoch zu gestalten, dass sie das bezahlen konnte.

Herr Escher erklärt sich einverstanden.

Waffenstillstand in Korea. Aide mémoire für USA.

Herr Kobelt: Bin im allgemeinen einverstanden. Vermisse Hinweis darauf, dass Delegation sehr ortsgebunden ist und daher nicht viel unternehmen kann. Keine Kontrollmöglichkeit über Zwischengebäude.

- 3 -

Herr Petitpierre: Bemerkung ist richtig. Wir haben die Bedingungen zusammen mit Schweden aufgestellt.

Alle stimmen dem Aide mémoire zu.

Milchpreis.

Herr Rubattel: Landwirtschaftliche Organisationen wünschen Audienz beim Bundesrat. Konsultativkommission sieht vor, Erhöhung um 1 Rp. Will das später verbinden mit Kampf gegen Rindertuberkulose. Wir müssen Leute empfangen. Es sollte noch ein Mitglied des Rates mitkommen.

Herr Bundespräsident: Finde, dass es besser ist, wenn Chef EVD sie allein empfängt.

Sondermarke für Flugplatz Kloten (s.auch ordentl. Protokoll).

Herr Escher: Die Regierung von Zürich stellt nun Gesuch, Herausgabe einer Sondermarke ohne Verkaufszuschlag zu bewilligen. Hier könnte man entgegenkommen.

Herr Petitpierre: Ein solcher Beschluss im Widerspruch mit bisheriger Praxis. Das wird man falsch verstehen. Wir haben immer gesagt, wir wollen nicht so viele verschiedene Emissionen schon wegen den Philatelisten.

Herr Escher: Das letzte Gesuch habe ich nur abgelehnt, weil Propagandamarke mit Zuschlag vorgesehen war, die die Pro Juventute und 1. Augustfeiermarken konkurrenziert hätte.

Beschluss: Sondermarke wird bewilligt.

Hilfe an kriegsgeschädigte Auslandschweizer.

Herr Feldmann: Nationalrätliche Kommission hat mit allen gegen 1 Stimme Eintreten beschlossen. Mit 14 gegen 4 Stimmen hat sie sich dem Standpunkt des Bundesrates angeschlossen mit Bezug auf Kredit, Detailberatung im Mai.

Filmvorführung Oesterreich. 1. April, 20.00.

Es kann gehen wer will. Bundespräsident will hingehen.

Beschlüsse auf Grund schriftlicher Anträge.

Politisches Dept.	<u>Désignation de M. Franz Kappeler, ministre de Suisse au Liban, en qualité de ministre en mission spéciale chargée de représenter le Conseil fédéral au couronnement de Faisal II, roi d'Irak.</u>
Dept. des Innern	<u>Salon de l'armée, Beteiligung der Schweiz.</u> <u>Betäubungsmittel. Beschränkung der Opium-Prod.</u> <u>Bekämpfung der Kinderlähmung.</u>
Militärdepartement	<u>Umschulungskurse für Leichte Panzerabteilungen.</u>

Abänderung der Organisation des Heeres.
Abwicklung des Rüstungsprogramms.

Herr Rubattel: Noch zu viele Details.

S.2. Kann eine solche Kommission Beschluss über Gesamtkonzeption fassen? Wir werden darüber wieder reden müssen.

S.10. Wir sagen "anlässlich der Aufstellung des Programms glaubten wir ...". Das sieht so aus, wie wenn wir das gar nicht geprüft hätten.

Sollen alle diese Details über Munitionsmagazine auf S. 12, 15 und 18 erwähnt werden?

S.20. Die Botschaft hört mit dem Hinweis auf, dass man neue Kredite verlangen wolle. Es wäre sehr unklug, solche Nachtragskredite in Aussicht zu stellen. Im Interesse der Sache sollte man diesen Schluss streichen.

Herr Kobelt: Der Generalstabschef wird uns orientieren über die Gesamtkonzeption und die Reduktionsmöglichkeiten. Er will seinen Bericht vorher noch der LVK vorlegen. Die Zahl der Munitionsmagazine sagt niemandem etwas.

Was den letzten Satz am Schluss betrifft, so sollten wir doch ehrlich sein. Die Nachtragskredite, die wir verlangen, betreffen nicht neue Massnahmen. Wir haben nicht im Sinne, ein neues Rüstungsprogramm aufzustellen.

Herr Rubattel: Durch diese Nachtragskredite werden die Beschlüsse der Räte korrigiert. Gesamtheit dieser Ziffern könnte Stimmung machen gegen die Rüstung.

Herr Kobelt: Zweiter Satz streichen.

Herr Rubattel: Einverstanden.

Herr Petitpierre: Kennt jedermann Zahl unserer Munitionsmagazine? Sie werden jetzt an Hand dieser Angaben schauen können, ob sie alle entdeckt haben.

Herr Rubattel: Habe das nur als Beispiel aufgeführt. Es heisst an einem andern Orte, auf Hälfte der Reduitflugplätze habe man mit Pistenverlängerung nicht begonnen. Kann ein Gegner nicht auch daraus Schlüsse ziehen?

Herr Kobelt: Teile diese Bedenken nicht. Wir machen ja keine Ortsangaben und sagen auch nichts von der Zahl, sondern sprechen nur sehr allgemein von der Hälfte. Räte verlangen aber Auskunft über Stand des Rüstungsprogramms und werden uns vorwerfen, wir seien zu wenig präzise.

Herr Feldmann: Man sollte auch zurückhaltender sein im Hinblick auf den Stand, den man gegen-

über Presse hat. Wie will man Presse verhalten zur Rücksichtnahme auf Geheimhaltung, wenn man da über alles Auskunft erteilt. Kann man nicht, statt alles in der Botschaft sagen, erklären, der Bundesrat werde der Kommission über den Stand der Arbeiten Auskunft erteilen?

Herr Rubattel: Herr Kobelt soll noch einmal die Vorlage durchgehen und die allzu präzisen Angaben herausnehmen.

Herr Bundespräsident: Ueberprüfung ist noch möglich auch bei Bewaffnung. Erwinnere aber daran, dass z.B. im Bericht des Generals ganzes Réduit eingezeichnet war.

Herr Kobelt: Will das gerne tun. Vielleicht statt Zahlenangaben mit Prozenten operieren.

Herr Petitpierre: Die Folgerungen, die aus der Beschränkung des Budgets auf 500 Millionen gezogen werden, könnten uns schaden.

Herr Bundespräsident: Etwas abschwächen, damit gewisse psychologische Wirkungen vermieden werden.

Der Presse nichts sagen.

Finanz & Zolldept.

Revision der VV zum Münzgesetz.

Veröffentlichung und Inkraftsetzung Münzgesetz.

Ersatzwahl in den Bankrat der Schweizerischen Nationalbank.

Zolleinnahmen I. Quartal 1953.

Neuordnung des Finanzhaushaltes des Bundes.

Herr Bundespräsident: Wir behandeln zuerst Ausgabenbremse.

Herr Feldmann: Beschluss des Nationalrates keine vernünftige Regelung. Beschluss hat nach der rechtlichen Seite hin aber doch einen richtigen Kern. Meinung ist, dass man Ausgaben, die in ihrer Höhe festgelegt sind, in Erlassen, über die das Volk beschlossen hat, nicht soll ändern können. Sollte man nicht besser formulierten Gegenvorschlag machen?

Herr Weber: Wir haben nach einer Formulierung gesucht. Wir schlagen jetzt vor, das nähere über Ausgabenbremse durch die Ausführungsgesetzgebung zu regeln. Wir müssen danach trachten, Finanzvorlage möglichst ^{Vom} Ballast zu entlasten.

Punkt 1 wird nach Antrag entschieden.

Herr Bundespräsident: Wir behandeln Ausgleichsteuer.

Herr Rubattel: Man sollte nicht auf Möglichkeit der Motion und des Postulates hinweisen.

Herr Weber: Der Wortlaut ist nur für Bundesrat bestimmt, der Antrag wird nicht weitergeleitet. Wer Ausgleichsteuer will, soll den Weg der Motion oder Initiative wählen.

Punkt 2 wird nach Antrag entschieden.

Herr Bundespräsident: Wir behandeln Biersteuer.

Alle sind einverstanden mit Antrag zu Punkt 3.

Herr Bundespräsident: Wir kommen zu den Rückvergütungen und Rabatten.

Herr Petitpierre: Hier sollte Chef FuZ keine Ausführungen machen und keine Streichung verlangen. Besser nicht berühren.

Herr Weber: Werde nur darauf hinweisen, warum wir es nicht hineingenommen haben.

Herr Bundespräsident: Aus psychologischen und politischen Gründen sollten wir nicht dazu Stellung nehmen.

Wir kommen zum Finanzausgleich. Hielte es für vorteilhaft, hier entgegenzukommen.

Herr Kobelt: Könnte man dem Gedanken nicht dadurch Rechnung tragen, dass man vom Kantonsanteil von 20 %, 2 % für Finanzausgleich abzweigt?

Herr Weber: Ausgeschlossen, dass wir noch 2 % von den 20 % abzweigen können. Damit man nicht auf 25 % geht, würde ich 22 % vorschlagen.

Herr Escher: Ich bin überzeugt, dass sie 25 % verlangen werden. Bin aber der Meinung, dass wir hier mindestens soweit nachgeben sollten, wie Herr Weber vorschlägt.

Alle einverstanden.

Botschaft zur Staatsrechnung 1952.

Herr Weber: Die ausserordentliche Höhe der Ausgaben machen mir Sorge. Wir haben Brutto- und Nettoausgaben getrennt. Wenn wir mit Einnahmen auskommen wollen, müssen wir haushalten.

Herr Kobelt: Auf S. 5 sagen: "bedingt durch Rüstungsprogramm und neue Truppenordnung".

Weitere Abänderungswünsche zu S. 8, 9, 17 sollen intern vom EMD und FuZ geprüft werden.

Herr Rubattel: Auf S. 10 nicht sagen "erreicht", sondern "überschritten".

Herr Petitpierre: Möchte Aufschluss über die 2 Millionen und die 3 Millionen, von denen auf S. 21 die Rede ist.

Herr Weber: Das sind nicht Verluste aus EPV, sondern von früher her. Wir erleiden bei der Zahlung in Gold Verluste. Wir verlieren also nichts wegen des Schuldners, sondern wegen des Systems. Will das noch anschauen.

Herr Petitpierre: Man sollte nicht sagen "secours", sondern "aide", wenn man von der Hilfe an die Landwirtschaft spricht.

Schlussfolgerungen müssen bestimmter sein. Es genügt nicht, Räte zu bitten, Verständnis für Sparmassnahmen aufzubringen. Letzter Satz klingt zu sehr wie Prophezeiung.

Herr Feldmann: Seite 28. Man darf nicht die Landwirtschaft so allein herausgreifen und damit als die stygmatisieren, die schuld ist an der Finanzlage. Kann man das nicht weglassen?

Es genügt nicht zu sagen "die ~~Neutralität~~ ^{Ment} ist nicht unbedenklich", wir sollten sagen: "die ~~Neutralität~~ ^{Ment} ist höchst bedenklich".

Sollen wir uns auf Ratschläge einer internationalen Organisation berufen? Unsere Währungspolitik sollten wir nicht basieren auf ausländische Empfehlungen.

Herr Weber: Wir haben auf S. 28 alle Kreise erwähnt, die mehr Bundeshilfe verlangen. Wir können auch nicht die Landwirtschaft allein weglassen.

Einverstanden mit "höchst bedenklich".

Der Hinweis auf OEC hat Sinn, dass jene Länder, die nicht selber Ordnung in den Finanzen haben, Mahnungen zu gewärtigen haben. Wir können vielleicht "fordert" ersetzen durch einen andern Ausdruck.

Herr Bundespräsident: Habe mich auch an dem Satz gestossen. Brauchen Ratschläge der OEC nicht. Dieser Passus streichen. Auf S. 29 den Satz, wo von Sparmassnahmen die Rede ist, streichen.

Herr Rubattel: Man könnte sagen "das Landwirtschaftsgesetz verlangt steigende Bundeshilfe".

Herr Weber: Viele legen es so aus, aber wir sollten das nicht sagen.

Herr Petitpierre: Halte Hinweis auf OEC für nützlich, würde aber andere Formulierung wählen.

Herr Feldmann: Wenn wir schon Landwirtschaft erwähnen, dann müssen wir auch Arbeiten der Rüstungsindustrie und viele andere Aufgaben erwähnen. Satz könnte zu sehr unliebsamen Erörterungen führen. Landwirtschaft ist eine Volksgruppe, die in der Entwicklung ihres Einkommens benachteiligt ist.

Was Anspielung auf OEC betrifft, so ist Zweck der, den Ernst der Finanzlage zu Gemüte zu führen. Sagt man nachher, die Lage sei nicht alarmierend, dann verwischt man diesen Eindruck.

Herr Weber: Schweiz hat die von OEC aufgestellten Grundsätze immer angewendet. Das soll nur zeigen, dass sie auch dort anerkannt werden.

Herr Kobelt: Wäre dafür, dass man Katalog erweitert und neben Landwirtschaft noch andere Kreise aufzählt.

Herr Bundespräsident: Dann müsste Katalog voll umfassend sein. Vielleicht besser zu sagen "von allen Seiten".

Herr Weber: Statt von Landwirtschaft sprechen von "Landwirtschaftlichem Gebiet".

Herr Escher: Beste Lösung zu sagen "von allen Seiten" wie Präsident vorgeschlagen hat.

Herr Rubattel: Einverstanden.

Es wird beschlossen, nach Antrag des Bundespräsidenten. Definitive Redaktion auf Grund der Beratungen wird dem FuZ überlassen.

Herr Weber: Wir haben auf S. 28 alle Kreise erwähnt, die mehr Bundeshilfe verlangen. Wir können auch nicht die Landwirtschaft allein weglassen.

Einverstanden mit "höchst bedenklich".

Der Hinweis auf OEC hat Sinn, dass jene Länder, die nicht selber Ordnung in den Finanzen haben, Mahnungen zu ergreifen haben. Wir können vielleicht "fordern" ersetzen durch einen anderen Ausdruck.

Herr Bundespräsident: Habe mich auch an dem Satz ge-
stossen. Bräunen Ratschläge der OEC nicht. Dieser Passus streichen. Auf S. 29 den Satz, wo von Sparmassnahmen die Rede ist, streichen.

Herr Rubattel: Man könnte sagen "das Landwirtschafts-
gesetz verlangt steigende Bundeshilfe".

Herr Weber: Viele legen es so aus, aber wir sollten das nicht sagen.

Herr Pettigler: Halte Hinweis auf OEC für nützlich,
würde aber andere Formulierung wählen.

Herr Feldmann: Wenn wir schon Landwirtschaft erwähnen,
dann müssen wir auch Arbeiten der Rüstungsindustrie und viele
andere Aufgaben erwähnen. Satz könnte zu sehr unklar sein.
Erörterungen führen. Landwirtschaft ist eine Volkswirtschaft,
die in der Entwicklung ihres Einkommens benachteiligt ist.

Was Anspielung auf OEC betrifft, so ist Zweck der, den
Ernst der Finanzlage zu Gemüte zu führen. Sagt man nachher,
die Lage sei nicht alarmierend, dann verwischt man diesen
Eindruck.